

Name: HOTH, Hermann Gen.oberst	ZS Nr. 75	Bd. I	Vermerk:
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		
katalogisiert Seite: Sachkatalog:	Personen:		

... zum Haupt-Hoch

Was ich über den Fall Fritsch weiß

zu Frage 6. Man hat den Vorwurf erhoben, z. B. dem Haupt-
ankläger im Prozess v. in Nürnberg, Gen. Taylor, die deut-
schen Generale hätten aus Angst, ihre Chargen zu verlor-
ren, keine Schritte unternommen, um die Besetzung des Gen.
P. v. Fritsch zu verhindern oder wenigstens seine Rehabi-
litierung durchzusetzen. Diese Schlussfolgerung ist falsch.

- Gründe:
- a) Es gab keine Kooperation Generale; es konnte nur jeder einzeln handeln. Der Oberb. d. L. hatte allein das Recht, Schritte zu unternehmen.
 - b) Der einzelne General hatte keine Unterlagen zur Ver-
teilung, ob die Möglichkeit bestand, wobei für Fritsch in der Tat als beträchtlich erwicht ist.
 - c) Fritsch hat im Mai oder Juni 38 den Kommandierenden Generalen die Gründe dargelegt, warum er als Staats-
oberhaupt nicht in der Lage sei, in einer öffentlichen
Erklärung für Fritsch einzutreten (s. unten).
 - d) Fritsch selbst wollte nicht, dass einzelne Offiziere
wegen der Abschied nehmen. Feldm. v. Krich-
ler hat sich als Menge in Nürnberg dazu eingehend
geäußert.
 - e) Die Teilnahme von Fritsch an Souppensitzungen des
Heeres im Sommer 38 u. die ihm dabei gezollte tiefe
Verachtung war mehr wert als alle Erklärungen. Kein
Mensch in der deutschen Front hatte den geringsten
Zweifel an seiner völligen Unschuld.

in Frage 9. Die Entlassung Blomberg gab den Anlass. Hitler war dadurch in die Notwendigkeit versetzt, einen Nachfolger zu bestimmen. Seine Wahl fiel auf Fritsch. Dadurch wurden frühere gegen ihn erhobene Vorwürfe wieder aufgerollt. (S. unten) Er lag nicht in der Schicht & im Interesse Hitler, über den Blomberg-Skandal, den man menschlich entschuldigen konnte, einen Fritsch-Skandal zu entfesseln, der kriminelle Hintergründe hatte.

In Frage 11 & 12. Die kommandierenden Generale (darunter der am 4. II. 38 verabschiedete, s. B. v. Kleist) u. ihre Vorgesetzten waren am 5. II. mittags in Berlin durch Hitler in einer 2-stündigen Sprache über die Gründe unterrichtet, die zur Verabschiedung Blombergs u. zur Dienstenthebung von Fritsch geführt hatten. Der Fall Blomberg sei abgeschlossen, der Fall Fritsch missen dagegen müsse durch eine kriegsgerichtliche Untersuchung, die angeordnet sei, erst geklärt werden. Um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von dem bedauerlichen Vorfall in der Stille abzulenken, habe er Veränderungen im diplomatischen Korps angeordnet, die erst für eine spätere Zeit beabsichtigt gewesen seien. Derselbe Kreis militärischer Führer wurde nach dem Freispruch von Fritsch in Mari oder Tann in einem Stabsquartier & in Mechlenburg versammelt. Hier bezeichnete Hitler den Fall Fritsch als das tragischste Ereignis in der bisherigen Geschichte des 3. Reiches. Er liess dann in seiner Steuerehrlichkeit den Wortlaut der Urteilsbegründung des Freispruchs durch den Präsidenten des Reichs-Mil.-Gerichts verlesen, was mehrere Stunden in Anspruch nahm. Hitler erschien dann wieder in seiner Karree.

Umsprache, in der ^{er} von den Anwesenden Verständnis forderte, dass er als Staatsoberhaupt nicht vor den Reichstages Vertretern könne mit dem Einverständnis, im Fall Brüsch einen Vertrag erlegen zu sein. Brüsch würde in anderer Weise Berücksichtigung in Teil werden. -

Dies sind meines Wissens die einzigen sachlichen Darstellungen des Falles Brüsch für die Wehrmacht, abgesehen von dem Schweigenerbot von Brandt, dessen Wortlaut ich nicht mehr in Erinnerung habe.

Es die von Hitler am 5.2. gegebene Darstellung richtig war, weiß ich nicht. Damals hatte ich nicht den geringsten Grund, anzunehmen, dass Hitler eine belagerte die spätere Verteilung, die eingehend auf die Distriktsgründe eingieng, enthielt keine Widersprüche zu Hitlers Äußerungen. Seine Darstellung der Blomberg-Fälle ist nie in Frage gestellt worden.

Ich schildere den Verlauf der beiden erwähnten Versammlungen an denen ich, obwohl noch nicht Kommand. teilgenommen habe, die ich am 1.11.38. in den ausgeschiedenen Körper übernehmen sollte.

St. Versammlung in Berlin 5.11.38.

Hitler besprach zunächst die Entwicklung der Verheiratung Blomberg. Die Mittel über die Verzögerung der ersten Frage sei auf dem Weg an das Reichsh. Min. gelangt. Blomberg habe sofort seiner Abreise erboten; er habe nichts vor der Entscheidung nicht über diese politischen Feststellungen geurteilt.

Hitler erwähnte, dass ihm die schwere Stellung der nicht von ihm, sondern durch den Reichspräsident v. Hindenburg beauftragten Gen. v. Blomberg innerhalb der Wehrmacht bekannt gewesen sei.

Man sie nicht weiter zu untergraben, hätte er beantragt und nicht in die in
seiner Stellungswürde der Wehrmacht gemischt, insbesondere sich nicht
an Personalien gekümmert. Man aber habe er aus eigener Verantwortung
einen Nachfolger Blombergs bestimmen müssen. Dabei habe er festge-
stellt, dass die Anzahl der für höhere Stellen verfügbaren Offiziere
sehr gering sei; das sei die Folge der ^{schmalen} ~~geringen~~ Basis der 190 000
Mann-Heeres. Niemand aber sei ihm der Gedanke gekommen, die Weh-
macht zu nur Personalität auszubauen, die nicht aus ihm hervor-
gegangen sei. Die Wehrmacht betrachte er als seine Schöpfung, die
er sich nicht verschlagen lassen werde.

In der Absicht, Eritsch mit der Nachfolge Blombergs in Betrachtung
ihm die Erinnerung an gewisse Vorfälle gekommen, die einige Jahre
zurückliegen Während der Rheinlandbesetzung, als es jeden Augen-
blick zum Krieg mit Frankreich kommen konnte, sein ihm Stellen
der Art 14410 Polari vorgelegt worden. Danach hat ein inoffizieller
mündlicher Bericht, der der Berliner Gitterpolizei schon mehrmals zu-
treffende Angaben in Untersuchungen gegen 195-er gemacht ^{haben}, ~~hat~~ ^{er} ~~er~~
mehrmals ^{durch} ~~mit~~ einem Gen. v. Eritsch angefordert worden, ihr in seine
Wahrung zu begleiten, um mit ihm geschlechtlich zu verkehren. Er habe
dies getan. Nach der Besetzung handele es sich um den Oberstleut.
Dr. Hiltner, habe damals der Sturzele keinen Plan bei geschickt, auch von
einer Untersuchung abgesehen, um in der damaligen Crisis des Rei-
ches den verantwortlichen militärischen Führer nicht unnötig zu be-
lasten.

Man aber habe er, Hiltner, sich dieser Vorwürfe erinnert und es
für notwendig gehalten, Eritsch vor seiner Berufung auf einen so
sichtbaren Posten Gelegenheit zu geben, die Vorwürfe zu entkräften,
damit nicht etwa später ein neuer Skandal entstanden. Er habe
daher Hiltner beantragt, Eritsch zu einer Besprechung bei

Hütter zu bestellen. Um Fritsch nicht befangen zu machen, habe er
 Probstach verbeten, Fritsch über die Beschuldigungen zu unterrichten.
 Über dieses Verbot habe sich Probstach, in seinem Innereifer gegen
 Fritsch hinweggesetzt. In der Unterredung mit Fritsch habe sich bei
 ihm, Hütter, der Stützpunkt gebildet, an den Beschuldigungen könne doch
 etwas Wahres sein. Fritsch habe von Anfang an einen bestrittenen Ein-
 druck gemacht, die Beschuldigung heftig bestritten u. sich ausführ-
 lich über den regelmässigen Besuch eines Hütters bei ihm aus-
 gelassen, wohl in der Überzeugung, dass von diesem die Beschuldigen-
 gen ausgehen. (Es ist mir entfallen, ob Hütter hier die Bege-
 gnerstellung mit dem Belastungszeugen erwähnte). Hütter habe
zunächst das gesamte Material an den Reichsjustizminister Dr.
Erntner übersandt mit dem Befehl, ein Gutachten zu erstatten, wie
 der Fall weiter zu behandeln sei. Dr. Erntner habe sich daraufhin
 dahin ausgesprochen, dass die Begegnung so schwer sei, dass er bei
 einem Beamten die sofortige Diensttransparenz u. die Beitrag
eines gerichtlichen Untersuchungs für notwendig halten würde.
 Hütter habe daher die Disziplinierung von Fritsch u. die Einberu-
 tung eines kriegsgerichtlichen Untersuchungs angeordnet. -

Die Stafiszeichnungen werden schwierig in unserer Bestandsart mit-
 angeht. Die Wagen u. ihre logischen Stufenanfolge durch den glau-
 bhaft Stich beim den einander gehen wurden keine zweifeln an der Richtig-
 keit der Darstellung geussert. Am gleichen Tag sprach was der neue
Verf. d. H. im Reichskriegsministerium. Der Inhalt seiner Stafisprache
 ist mir nicht im Bedauchtis geblieben.

Über die Stafisprache Hütter habe ich keine Stafiszeichnungen. Wenn
 sie mir trotzdem deutlich, zum Teil wörtlich im Berinnerung geblieben

ist, so liegt dies neben dem damals erschütternden Eindruck davon, dass
sich in den nächsten Tagen sämtliche Standorte unserer Division auf-
sachte u. jedes Offizierkorps wurde mündlich über die Vorgänge in Ber-
lin an der Hand der Bitter-Dropnote unterrichtet.

1. Versammlung im Juni 1938 an der Ostsee

Siehe Frage H. 2. 12. Mir ist diese Versammlung nicht in derselben Schär-
fe im Gedächtnis geblieben. Die mehrstündige Verhandlung des Komitees u.
seiner Sprinde, die sitzend angeordnet wurde, war sehr konzentriert. Auch
unterstand mir ^{im Sommer} damals keine Offizierkorps, sodass die pflicht-
erhaltende Weitergabe entfiel. Über den Wortlaut des Komitees wird der
damalige Gen. Richter Rudolf Lehmann Auskunft geben können, da
er es mit bearbeitet hat.

Ich möchte hinzufügen, dass ich infolge meiner dienstlicher Verwen-
dung im Sommer 38 mit zahlreichen älteren Offizieren zusammentraf,
die verschiedensten Regimentsstellen angehörten. In privaten Gesprächen
kamen immer wieder Gerüchte über Entwürfe der O. G. gegen Bitter zur
Sprache. Ich konnte feststellen, dass die meisten Offiziere über die im An-
teil festgestellten tatsächlichen Vorgänge u. den Inhalt der Stabsführungs-
Befehle am 3. II. 38 kaum oder sehr unzureichend unterrichtet waren. Die
Schwächen in unbewiesenen Behauptungen u. Vermutungen u. waren dar-
über für jede sachliche Aufklärung.

Hermann Lott

3 Blätter

Generaloberst HOTH

Landsberg/Lech

November 1950

Was ich über den Fall Fritsch weiß

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4711/71	Bst. 28 75
Rep. —	Kal.

Zu Frage 6:

Man hat den Vorwurf erhoben, z.B. der Hauptankläger im Prozess XII in Nürnberg Gen. Taylor, die deutschen Generale hätten aus Angst, ihre Stellungen zu verlieren keine Schritte unternommen, um die Beseitigung des Gen. Ob. v. Fritsch zu verhindern, oder wenigstens seine Rehabilitierung durchzusetzen. Diese Schlußfolgerung ist falsch.

Gründe:

- a) es gab keine Korporation „Generale“. Es konnte nur jeder einzeln handeln. Der Ob. d. H. hatte alleine das Recht, Schritte zu unternehmen.
- b) Der einzelne General hatte keine Unterlagen zur Beurteilung, ob die Möglichkeit bestand, mehr für Fritsch zu tun, als tatsächlich erreicht ist.
- c) Hitler hat im Mai oder Juni 38 den Kommandierenden Generalen die Gründe dargelegt, warum er als Staatsoberhaupt nicht in der Lage sei, in einer öffentlichen Erklärung für Fritsch einzutreten (s. unten).
- d) Fritsch selbst wollte nicht, daß einzelne Offiziere seinerwegen den Abschied nahmen. Feläm. v. Kuchler hat sich als Zeuge in Nürnberg dazu eingehend geäußert.
- e) Die Teilnahme von Fritsch an Truppenübungen des Heeres im Sommer 38 und die ihm dabei gezollte teie Verehrung war mehr wert als alle Erklärungen. Kein Mensch in der deutschen Armee hatte den geringsten Zweifel an seiner völligen Unschuld.

[00001]

Zu Frage 9:

Die Entlassung Blombergs gab den Anlaß. Hitler war dadurch in die Notwendigkeit versetzt, einen Nachfolger zu bestimmen. Seine Wahl fiel auf Fritsch. Dadurch wurden frühere gegen ihn erhobene Vorwürfe wieder aufgerollt. (S.unten). Es lag nicht in der Absicht und im Interesse Hitlers, neben dem Blomberg-Skandal, den man menschlich entschuldigen konnte, einen Fritsch-Skandal zu entfesseln, der kriminelle Hintergründe hatte.

Zu Frage 11 und 12:

Die Kommandierenden Generale (ausser den am 4.2.38 verabschiedeten z.B. von Kleist) und ihre Vorgesetzten wurden am 5.2. mittags in Berlin durch Hitler in etwa 2-stündiger Ansprache über die Gründe unterrichtet, die zur Verabschiedung Blombergs und zur Dienstenthebung von Fritsch geführt hatten. Der Fall Blomberg sei abgeschlossen, der Fall Fritsch dagegen müsse durch eine kriegsgerichtliche Untersuchung, die angeordnet sei, erst geklärt werden. Um die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von den Vorfällen in der Armee abzulenken, habe er Veränderungen im Diplomatischen Korps angeordnet, die erst für eine spätere Zeit beabsichtigt gewesen seien.

Derselbe Kreis militärischer Führer wurde nach dem Freispruch von Fritsch in Mai oder Juni in einem Fliegerhorst [*] in Mecklenburg versammelt. Hier bezeichnete Hitler den Fall Fritsch als „das tragischste Ereignis in der bisherigen Geschichte des 3.Reiches“. Er liess dann in seiner Abwesenheit den Wortlaut der Urteilsbegründung des Freispruchs durch den Präsidenten des Reichs-Mil[itär]-Gerichts verlesen, was mehrere Stunden in Anspruch nahm. Hitler erschien dann wieder zu einer kurzen

[00002]

* Fliegerhorst Barth in Pommern, 13.6.1938. -- D.Irving

Ansprache, in der er von den Anwesenden Verständnis forderte, daß er als Staatsoberhaupt nicht vor dem Reichstag treten könne mit dem Eingeständnis, im Fall Fritsch einem Irrtum erlegen zu sein. Fritsch würde in anderer Weise Genugtuung zu Teil werden. -

Dies sind meines Wissens die einzigen sachlichen Darstellungen des Falls Fritsch für die Wehrmacht, abgesehen von dem „Schweigeverbot“ von Brauchitsch, dessen Wortlaut ich nicht mehr in Erinnerung habe.

Ob die von Hitler am 5.2. gegebene Darstellung richtig war, weiß ich nicht. Damals hatte ich nicht den geringsten Grund, anzunehmen, daß Hitler uns belüge. Die spätere Urteilsbegründung, die eingehend auf die Hintergründe einging, enthielt keine Widersprüche zu Hitlers Darlegungen. Seine Darstellung des Blomberg-Falles ist nie angezweifelt worden.

Ich schildere den Verlauf der beiden erwähnten Versammlungen an denen ich, obwohl noch Div[isions-]Kommandeur teilgenommen habe, da ich am 1.11.38 ein neu aufzustellendes Korps übernehmen sollte.

A. Versammlung in Berlin, 5.II.38

Hitler besprach zunächst die Entwicklung der 2. Verheiratung Blombergs. Die Mitteilung über die Vergangenheit der zweiten Frau sei auf dem Polizeiweg an das Reichskriegsministerium und dann an Hitler gelangt. Blomberg habe sofort seinen Abschied erbeten; er habe vor der Mitteilung durch Hitler nichts über diese polizeilichen Feststellungen gewusst.

Hitler erwähnte, daß ihm die schwache Stellung des nicht von ihm, sondern durch den Reichspräsident v. Hindenburg berufenen Gen.F.v. Blomberg innerhalb der Wehrmacht bekannt gewesen sei.

[00003]

Um sie nicht weiter zu untergraben, hatte er bewußt sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Wehrmacht gemischt, insbesondere sich nicht um Personalien gekümmert. Nun aber habe er aus eigener Verantwortung einen Nachfolger Blombergs bestimmen müssen. Dabei habe er festgestellt, daß die Anzahl der für höhere Stellen verfügbaren Offiziere sehr gering sei; das sei die Folge der zu schmalen Basis des 100.000 Mann-Heeres. Niemals aber sei ihm der Gedanke gekommen, die Wehrmacht an eine Persönlichkeit auszuliefern, die nicht aus ihr hervorgegangen sei. Die Wehrmacht betrachte er als seine Schöpfung, die er sich nicht zerschlagen lassen werde.

In der Absicht, Fritsch mit der Nachfolge Blombergs zu betrauen, sei ihm die Erinnerung an gewisse Vorfälle gekommen, die einige Jahre zurücklägen. Während der Rheinlandbesetzung [*] als es jeden Augenblick zum Krieg mit Frankreich kommen konnte, seien ihm Akten der [gestrichen: „Geh.Staats“] Polizei vorgelegt worden. Danach hat ein übelbeleumundeter Subjekt, der der Berliner Sittenpolizei schon mehremale [sic] zutreffende Angaben in Untersuchungen gegeb 175-er gemacht habe, behauptet er sei mehrmals durch einem Frhr v. Fritsch aufgefordert worden, ihn in seine Wohnung zu begleiten, um mit ihm geschlechtlich zu verkehren. Er habe dies getan. Nach der Beschreibung handele es sich um den Oberb.d.H. Er, Hitler, habe damals der Anzeige keinen Glauben geschenkt, auch von einer Untersuchung abgesehen, um in der damaligen Krisis des Reiches den verantwortlichen Führer nicht unnötig zu belasten.

Nun aber habe er, Hitler, sich dieser Vorwürfe erinnert und es für notwendig gehalten, Fritsch vor seiner Berufung auf einen so sichtbaren Posten Gelegenheit zu geben, die Vorwürfe zu entkräften, damit nicht etwa später ein neuer Skandal entstände. Er habe daher Oberst Hoßbach beauftragt, Fritsch zu einer Besprechung bei

[00004]

* Vgl. Wiedemann: Aufzeichnungen

Hitler zu bestellen. Um Fritsch nicht befangen zu machen, habe er Hoßbach verboten, Fritsch über die Anschuldigungen zu unterrichten. Über dieses Verbot habe sich Hoßbach, in seinem Treuegefühl gegen Fritsch, hinweggesetzt. In der Unterredung mit Fritsch habe sich bei ihm, Hitler, der Argwohn gebildet, an den Beschuldigungen könne doch etwas wahres sein. Fritsch habe von Anfang an einen verstörten Eindruck gemacht, die Beschuldigung heftig bestritten und sich ausführlich über den regelmässigen Besuch eines Hitlerjüngens bei ihm ausgelassen, wohl in der Annahme, daß von diesem die Beschuldigungen ausgingen. (Es ist mir entfallen ob Hitler hier die Gegenüberstellung mit dem Belastungszeugen erwähnte). Hitler habe nunmehr das gesamte Material an den Reichsjustizminister Dr Gürtner übersandt mit dem Befehl, ein Gutachten zu erstatten, wie der Fall weiter zu behandeln sei. Dr Gürtner habe sich daraufhin ausgesprochen, daß die Belastung so schwer sei, daß er bei einem Beamten die sofortige Dienstsuspendierung und die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung für notwendig halten würde. Er, Hitler, habe daher die Dienstenthebung von Fritsch und die Einleitung einer kriegsgerichtlichen Untersuchung angeordnet. -

Die Ausführungen wurden schweigend in äusserster Bestürzung mitangehört. Sie waren in ihrer logischen Aufeinanderfolge durchaus glaubhaft. Auch beim Auseinandergehen wurden keine Zweifel an der Richtigkeit der Darstellung geäußert. Am gleichen Tage sprach uns der neue Oberbef.d.H. im Reichskriegsministerium. Der Inhalt seiner Ansprache ist mit nicht im Gedächtnis geblieben.

Über die Ansprache Hitlers habe ich keine Aufzeichnungen. Wenn sie mir trotzdem deutlich, zum Teil wörtlich in Erinnerung geblieben

[00005]

ist, so liegt dies neben dem damals erschütternden Eindruck daran, daß ich in den nächsten Tagen sämtliche Standorte meiner Division aufsuchte und jedes Offizierkorps einzeln mündlich über die Vorgänge in Berlin an der Hand der Hitler-Ansprache unterrichtete.

B. Versammlung im Juni 1938 an der Ostsee

Siehe Frage 11 und 12.

Mir ist diese Versammlung nicht in derselben Schärfe im Gedächtnis geblieben. Die mehrstündige Verlesung des Urteils und seiner Gründe, die stehend angehört wurde, war sehr ermüdend. Auch unterstanden mir in Sommer keine Offizierkorps, sodaß die Pflicht wiederholter Weitergabe entfiel. Über den Wortlaut des Urteils wird der damalige Gen[eral]richter Rudolf Lehmann Auskunft geben können, da er es mitbearbeitet hat.

Ich möchte hinzufügen, daß ich infolge meiner dienstlichen Verwendung im Sommer 38 mit zahlreichen älteren Offizieren zusammentraf, die verschiedensten Befehlsbereichen angehörten. In privaten Gesprächen kamen immer wieder Gerüchte über Intrigen der SS gegen Fritsch zur Sprache. Ich konnte feststellen, daß die meisten Offiziere über die im Urteil festgestellten tatsächlichen Vorgänge und den Inhalt der Ausführungen Hitlers am 5.2.38 kaum oder sehr unzureichend unterrichtet waren. Sie schwammen in unbeweisbaren Behauptungen und Vermutungen und waren dankbar für jede sachliche Aufklärung.

[gez.] Hermann H o t h

3 Blätter

Hermann Hoth

ZS-75-1A

Landsberg 21. 11. 57.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV

999/53

Zu B. Leitabelle.

1. Roman Ich habe die 17. Armee bis Ende April 1942 geführt. Dann wurde ich durch Gen. W. v. Thalmath vertreten.

3. Pariserarmee

Mitte Mai wurde im Westen eine G. G. Hoth gebildet; sie wurde Ende Mai aufgelöst.

Im Winter - Nov. oder Dez. - 40 wurde G. G. 3 gebildet unter meinem Befehl.

Pariserarmee

Die Armee stand bis Ende Nov. 43 unter meinem Befehl. Bis Mitte Dez. führte sie vertretungsweise Gen. P. Krauss.

00007

Armee-Abteilung Braugsbinze gab es nicht. Mitte

April wurde eine Dienststelle „Befehlsstelle
Kaber Erzgebirge“ gebildet. Sie bestand aus
einer Anzahl von Stäben, die die Pässe des
Erzgebirges sperren so ein Sperren vorbereiten
sollten. Sie wurde Ende April umbenannt in
„Befehlst. Böhmen“ mit ähnlichen Aufgaben.
Beide Dienststellen gehören nicht in diese Auf-
stellung; sie gehörten zum St. P. K. J.

Personenverzeichnis

Hoth

Pa. Gr. Hoth Mai 40. West.

17. Armee 5. Pkt. 41 - Ende April. 42

4. Pa. St. 1. 6. 42. - Ende Nov. 43

Befehlshaber Erzgebirge streichen. (B. oben!)

Hoth

ZS-75-12

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

00008

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akt. 4667/77	Best.
Rep. Pfaffendorf	

Fragebogen:

Dr. Hans-Adolf Jacobsen
Köble z. Pfaffendorf
Geerdelerstr. 16 - Tel. 64572

Reichswehr

(1919 - 1933)

- 1) In welchen Einheiten haben Sie in der oben genannten Zeit gedient? (mit Angabe der Standorte)
- 2) Besitzen Sie (oder einer Ihrer Offz. Kameraden) aus dieser Zeit noch irgendwelche Unterlagen, die über Organisation, Ausbildung, politische Einstellung (usw.) Ihrer Einheit oder Ihrer Vorgesetzten Aufschluss geben?
(Wenn ja, würden Sie mir dieses Material wohl für einige Tage zur Verfügung stellen?)
- 3) Wäre es Ihnen möglich, mir kurz einige Angaben zu machen über Zeitpunkt und Umstände Ihrer Vereidigung auf die Weimarer Verfassung?
(Geschah dies in feierlicher Form? Ihre persönliche Auffassung, allgemeine, über Sinn und Wert dieses Eides?)
- 4) Erinnern Sie sich noch an das Verhalten Ihrer Einheit, Ihrer Vorgesetzten
 - a) während des Kapp-Putsches (März 1920)
(Für, gegen Ebert oder "neutral"; zu welcher Einheit - Standort? - gehörten Sie damals?)
 - b) während der Herbst-Krise 1923 (Konflikt: Bayern-Reich!)
 - c) während des Ulmer Reichswehrprozesses 1930
(Einstellung des Offz. Korps zu dem Verhalten Ludins und Scheringers)
- 5) Nach welchen Gesichtspunkten erfolgte Ihrer Meinung nach die Auswahl des Mannschaftsersatzes in der Reichswehrzeit? (Konkrete Beispiele?)
- 6) Gab es in Ihrer Einheit staatsbürgerlichen Unterricht?
(Wie oft? Wer unterrichtete? In welcher Form?)
- 7) Wie beurteilten Sie damals das Verhältnis Reichswehr und Weimarer Republik?
 - a) Welche Fehler wurden Ihrer Meinung nach von der Regierung und den demokratischen Parteien in der Behandlung bzw. Fürsorge der Reichswehr gemacht? Und von Seiten der Reichswehr gegenüber den staatstragenden Organen bzw. Parteien?
 - b) War das Verhältnis der jüngeren Reichswehroffiziere zur Republik ein anderes als das der älteren (Weltkriegsteilnehmer)? G, b es auch landsmannschaftliche Unterschiede?
 - c) Allgemeines

Gen. St. u. St.

Geb. 15. 11. 57.

Fremdbayer.Jr. 1. a) Sommer 1919 - Sommer 20.

König. Jagd Landjägerskorps Kaercker in Janga n. Halle.
 Kurier in Bitterfeld, Halle, Merseburg. (feinige Korps
 von dem König - Jagd als Generalpostoff. zum Grenzschutz
 [Platzstation auf Bienen abkommandiert.]

b) Sommer 1920 - 31. 12. 21.König. Jagd Reifem. Regt. 18 Saderborn.a) 1. 1. 22. - Okt. 23.Gen. St. im Reifem. Min. Berlin.d) Okt. 23 - Sept. 25

1. Gen. St. im Jagd. St. u. in Schwerin, Mecklenb. (St. / No.
 23 Kurier in Sachsen).

e) Okt. 25 - November 28Gen. St. im Reifem. Min., Berlin.f) Nov. 28 - 1. 12. 30.

Lehrschule J. R. St., Stargard / Pommern.

g) 1. 12. 30 - 31. 8. 32.1. Gen. St. Reifem. Jägerkorps 1, Berlinh) 1. 12. 32 - Juni 33

Kommunik. J. R. St. in Postschiffhaus Braunschweig.

König. Jagd Reifem. bei St. u. St. mit hoher Stellung verbunden.

Jr. 2. Postschiffhaus.Jr. 3. Arbeitsgang.

a) Auf meine Verpflegung in das Landjägerskorps im Juli

1818 würde ich durch den Fall. Ktr. mit Landesgesetz und Kon-
stitution in der Summe üblichen Formel verpflichtet. (Dieser Ausdruck,
dem Kaiser für die Kaiserin S. 222). Man hat es ich mit
* die Mainzer Verfassung verpflichtet würde, dass ich nicht mehr
pflichten.

b) Man könnte mit dieser freundschaftlichen mit dem Geist-
gültigkeit gegenüber der Mainzer Verfassung schließen. Das ist
nicht der Fall. Wir waren auf dem Ringeplatz 1818 alle an die
Türge gefallen, ob wir als Offiziere das bisherige monarchische
Staats in dem Dienste dem republikanische gewordenen Staat zu be-
stehen sollten. Es war die verfassung Türge in dem Lande
* laubte. Diele haben sie man nicht. Ich habe lange geglaubt, da
mir die Türge verfassung Türge für meine Verfassung dem
neuen Staat gegenüber ist für meine Pflicht klar waren. Ich
müßte ich bejahen. Das ist mir nicht leicht geworden, da meine
* Staatsverfassung jetzt in der Monarchie verhalten. Der Landesgesetz gab
den damalige Verfassung des Reiches. Die Verfassung des Reiches
hat ich für sich selbst schon mit Summe über alle unter Verfas-
sungsfragen zu geben. Diese Überzeugung betrafte für mich
nicht besonders nicht. Da von mir abzulehnen wichtige Ver-
pflichtung, ^{die Regierung zu führen} schon mit zu führen. Man ist später, was zu ver-
mischen ist, mit die Verfassung man nicht würde, so sehr ich da-
von eine formell notwendige Unterstützung meine Verpflichtung
geben. In dem Sinne S. 222 auf der Verfassung im Sinne
Juni 1818 die Verfassung in ihrem inneren Sinn bekräftigt war,
sah ich den Landesgesetz gegeben, indem ich die Behörden das Staat-

wird Braunschweig in feierlicher Form öffentlich angekündigt ist
 sie bekanntes auf ihre Jahresversammlung zusammen kam Kaiser-
 grüßte auch sie.

Zu 4) a) König-Feier. Anfang März 1880 kamen ich von meinem
 Kommando nach Blankenburg (s. Ziff. 1) in meine Heimat
 zurück. Meine König. befand sich im Grenzfeld in Offenburg. Ich
 würde diese vorläufig zum Ryb. Kommando.

Wie sehr man sich, nur allem jungen Offizieren des Bundes geht
 ihre Tätigkeit für die Sache liebte. Ich sollte natürlich das
 Naturwissen von Anfang an nicht verlieren, da man die innere Natur
 menschlichen zu wissen ist. Die geistliche Ausbildung der Kinder
 auf dem Spiel stand. In einem feierlichen, ob für die ganze Arbeit
 da sind keine Zeit gelassen. Ich bin in dem Kaiserlichen Kommando
 ich sollte nicht, als ich von der Beförderung zum Hauptmann, in Folge einer
 Versetzung von einem anderen Range künftige, zu haben kommen
 in meine Dienste kam. Das mit mir verbunden künftige künftige
 Beförderung man sollte geistliche Fortschritte in mancher
 Art werden. Die künftigen Fortschritte werden künftige künftige
 Wege gemacht. Die sind jetzt sich durch die Beförderung, in der
 Beförderung zu fallen in künftige künftige künftige in künftige, Halle,
 Meuseburg niederkünftigen. Unsere künftige künftige künftige
 künftige, die im Namen der Regierung geschehen werden.

b. Feier-König 1883.

Besicht der Kiste wurde ich als Gen. K. St. zum Inf. F. II künftige

das mit einigen norddeutschen Subalternen im russischen Puffen
eingewickelt war. Es handelt sich für uns nicht um einen Ein-
flucht Kreis-Luzern, der auf politischem Weg beizubringen würde,
sondern um die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem kommunikativen
begrifflichen Puffen. Wir begehren demnach Gerechtigkeit, fordern das Recht
auf die kommunikativen Fähigkeiten, die verantwortlichen Leuten
übernehmen wieder die Verwaltung. Im Zusammenhang mit
den mehr sozialdemokratischen, sehr häufigen Verwaltungs-
fällen dürfen wir das Recht der Gerechtigkeit im Zusammenhang
die von ihnen begehrt werden im Hinblick auf die, die von ihnen begehrt werden
sollen: das Recht haben zu leben, indem wir für die Aus-
übung mit verantwortlichem Geist, mit ^{für die Gerechtigkeit} Verantwortlichkeit,
Fähigkeiten, die infolge der Gerechtigkeit zum Wohlstand ge-
kommen war. Dieß ist die wichtigste Voraussetzung mit welcher ein-
blick in die nicht immer soziale Gerechtigkeit der politischen Verhältnisse
war. Die Verwaltung von uns, daß ihre Arbeit von uns begehrt werden
kann, weil sie fürchten, daß ihre Arbeiter sich auf ihrem Gebiet um
ihren Nutzen richten. Wir erwarten ihren Nutzen, ihren be-
grifflichen Zusammenhang dazu zu bezeichnen, die wichtigsten Faktoren
zu erkennen, ihre Arbeiter besser zu bezeichnen: es ist das zum
Besten des Landes. Man darf zu ihren Verantwortlichkeiten zum Nutzen
zu nehmen. Es war eine sehr bezeichnende in der öffentlichen
Tätigkeit, die das Leben der Bevölkerung in der Verwaltung
sich selbst überlassen.

Der Bericht mit Luzern bezieht sich nicht nur auf
das die politische Lage zu bezeichnen, sondern einander be-
den kommunikativen das um der politischen Lage hin-

gefallen, wenn Russland nicht mehr zu halten, die Kräfte zu
halten d. politische Fortbewegung zu stellen. Man kann
aber erwarten wie Kaiser aus historischer Kräfte ge-
bringen, die mit der Parole: „ein sicherer Krieg“ auf-
rücken werden. Wir betonen es auf das tiefe, das
ein so großer ~~der~~ Weltteil wie die Ostschwarze-
see der Kaiserin abläuft ist nicht weniger ge-
richtet, d. finden es sehr begreiflich, wenn wir mehr be-
trachten in dem Kaiserin gefalt finden, wenn sie ein
Anschluß mitbringen: Man will in Manufaktur-
den davon aber sehr über dem Kaiser. P. auf Seite 4.

§ 6. Handelsverträge mit Rußland.

Die älteren Handelsverträge (von d. Kaiserin?), die man, die-
se verträge mitbringen, auf alle systematischen Handels-
verträge mit Rußland als Beispiel für mehr durch die
Länder stellen. Sie sind sehr oft laienhaft; so man nicht
mitgefallen d. fast alle diese Handelsverträge.

Die den jüngeren Handelsverträgen gab es einen systema-
tischen Handelsverträge nicht. Der Kaiser. Die Kaiserin
unabhängig politische Bewegungen hat - erwarfen. Die
unabhängigen Handelsverträge durch Offizieren über die Pflichten
des Kaiserin gab fünfzig Jahre lang, Handelsverträge durch
nicht zu vermitteln. Es lag aber in der Natur der Handelsverträge,
dass diese Gebiet in den nächsten Jahren bis zum Kaiser-
reich einverleibt werden sollte, als in den nächsten
Jahren, in denen die Kaiserin über den russischen Krieg in
den Handelsverträge traten.

Generaloberst Hoth

A Entsatz-Angriff

Das LVI.Pz.K. der 4.Pz.-Armee sollte durchbrechen - in Richtung Stalingrad durchstoßen und Verbindung mit der eingeschlossenen 6.Armee herstellen. Teile der 6.Armee sollten uns entgegenstoßen.

Die Russen zogen Kräfte aus dem Kampf mit der 6.Armee ab und warfen sie uns entgegen. Nach harten Kämpfen kamen wir auf etwa 50 Kilometer an den Kessel heran. Hier wurden wir von frischen feindlichen Kräften aufgehalten. Wir hofften vier Tage auf den Gegenstoß der 6.Armee und leisteten unser Äußerstes. Aber die Führung der 6.Armee zögerte bis es zu spät war.

Inzwischen war die Lage westlich des Don kritisch geworden. Manstein musste mir eine Division wegnehmen, um sie dort einzusetzen. Mit den verbleibenden Kräften war die Fortsetzung unseres Angriffs nicht möglich. Schweren Herzens mussten wir das LVI.Pz.K. zurücknehmen.

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 4664/21	Best.
Rep.	..sl.

Generaloberst H o t h

B Verantwortung

Für jeden militärischen Führer, ob Unteroffizier oder Feldherr, ist die Verantwortung die schwerste, aber unvermeidbare Last, die er im Kriege zu tragen hat - die Verantwortung für die Erfüllung seines Auftrages - die Verantwortung für die ihm unterstellten Soldaten.

Diese Verantwortung nimmt ihm keiner ab - auch nicht der Befehlende. Sie ist seit Scharnhorst oberstes Gesetz preußisch-deutschen Führertums.

Schwer hat diese Verantwortung auf allen führenden Persönlichkeiten gelastet, die in das Unheil von Stalingrad verstrickt waren - und diese Last tragen sie noch heute. Ihr Tun und Lassen wurde bestimmt durch das Bewußtsein ihrer Verantwortung vor Gott und ihrem Gewissen, nicht durch die Verantwortung gegenüber dem Diktator, der sie mit dem Verlust von Ehre, Freiheit und Leben bedrohte.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

NDR

NORDDEUTSCHER RUNDFUNK

Institut für Zeitgeschichte des Norddeutschen Rundfunks	
ARCHIV	
Akt. 4664/71	Bst.
Rep.	Kat.

(faarlichen Rechts)

2 Hamburg-Lokstedt 1, Gazellen

FUNKHAUS HAMBURG
Lokstedt

Telefon: Sammelnummer 58 02 21
Fernschreibnummer: 021 2529
Deutsche Bank Hamburg
Postcheckkonto: Hamburg 2002 00
Telegramm-Adresse: Fernsehen

Herrn

Dr. Hans Adolf Jacobsen
c/o Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik

53 Bonn

Schaenburg-Lippe-Str. 6

Abteilung

Chefberichterstatler

Bitte in der Antwort angeben

Ihr Schreiben

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum

NdM/Hs

8. Januar 1963

Lieber Herr Dr. Jacobsen!

Ich danke Ihnen für die sehr prompte Übersendung der tatsächlichen Verlustzahlen. Erlauben Sie, daß ich noch eine Zusatzfrage stelle:

Sie kommen auf Gesamtverluste in Höhe von 525.500 seit Beginn der Sommeroffensive am 28. Juni 1942. (Dies bei der Heeresgruppe B + Don) Ich glaube jedoch, daß ich nicht gut behaupten kann, eine so hohe Zahl habe allein in direktem Zusammenhang mit dem Kampf um Stalingrad gestanden. Es geht mir aber darum, eine möglichst genaue Zahl gerade darüber anzugeben. Nun weiß ich, daß die 6. Armee bereits vor der Einschließung bei den Häuserkämpfen in Stalingrad und besonders im Korps des General von Seydlitz sehr hohe Verluste hatte.

Wären Sie eventuell in der Lage die Verluste zu spezifizieren, die im direkten Zusammenhang mit Stalingrad entstanden? Ich meine damit nicht, daß man erst dann beginnen müsste, wenn die Truppen der 6. Armee die Stadt Stalingrad selbst erreichten, sondern es scheint mir, daß wir alle Truppen in Betracht ziehen können, die nach Beginn der Sommeroffensive in Richtung Stalingrad vorstießen und deren Hauptziel Stalingrad war.

Die Frage ist nur: wann kann man damit beginnen? Denn Ende Juni war die Front ja noch sehr weit von Stalingrad entfernt und wurde in breiter Linie vorgetragen.

Da ich nicht weiß, ob Sie sich eine Abschrift Ihrer Aufstellung gemacht haben und denke, daß Sie diese für die weitere Berechnung vielleicht noch einmal brauchen, lege ich sie Ihnen bei.

Manstein hat soeben in einem ausführlichen Brief endgültig abgelehnt. Von diesem lege ich Ihnen eine Fotokopie bei, weil mich in seinem Schreiben besonders eine Stelle interessiert, die ich unterstrichen habe. Auf Seite 2 sagt Manstein, es stimme nicht, daß Paulus nur den Befehl "Wintergewitter" erhalten habe. Er habe außerdem auch den Befehl zur Vorbereitung von "Donnerschlag" befohlen, und nur die Ausgabe des Stichwortes "Donnerschlag" habe er sich zeitlich vorbehalten müssen.

Die genaue Analysierung dieser Frage scheint mir deshalb von so großer Wichtigkeit, weil ja - würde Mansteins Behauptung stimmen - wirklich die meiste Schuld auf die Führung der 6.Armee fielen.

Es ist vielleicht nicht notwendig, daß Sie mir schriftlich antworten, obwohl es für die Abfassung meines Kommentars später besser wäre. Ich möchte damit nur sagen, daß Sie - falls es Ihre Zeit nicht anders erlaubt - mich auch anrufen können.

Glücklicherweise ist es mir gelungen, den Generaloberst Hoth doch zu gewinnen. Alle Prophezeiungen Mansteins treffen in dieser Beziehung also nicht zu. Hoth war gestern hier und hat beiliegende Äusserungen gemacht, wobei ich im Fall B wahrscheinlich nur den letzten Absatz benutzen möchte.

Ich hoffe sehr, Ihnen nicht zuviel Mühe zu machen und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

Ihr

J. Neven-du Mont
(Jürgen Neven-du Mont)

Anlagen

Personelle Ab- und Zugaenge im Suedbereich der Ostfront.
Quelle: Statistische Zusammenstellung der Org.Abt./Genstb.d.H.
(Doc.# H1/182)

- Bemerkungen: 1. Unter "Abgaengen" sind die Toten, Vermissten und aus dem Bereich der Armeen abtransportierten Verwundeten und Kranken zu verstehen.
2. Unter "Zugaengen" sind das den H.Gr. zugefuehrte Ersatzpersonal (zur Auffuellung der Verluste) und die zur Truppe zurueckgekehrten Genesenen, soweit sie ausserhalb des Bereichs der Armeen waren, zu verstehen.
3. In den Bereich der H.Gr. zugefuehrte sowie ihn verlassende geschlossene Truppenteile sind nicht erfasst.
4. Die Uebersicht gibt einen Ueberblick ueber den zahlenmaessigen, personellen Kraeftezustand der Truppe. Dabei ist zu bedenken, dass abgekaempfte Verbaende (wenn auch selten) in den Westen abgegeben wurden und voll aufgefuellte Verbaende von dort eintrafen. Ferner wurde das Fehl der Truppe durch die Umstellung der Inf.Div. ab 43 auf 6 Batl. und durch Ausgabe neuer gekuerzter KStN gesenkt. Starke Kuerzung aller KStN ab Ende 43. - Es empfiehlt sich daher, die Uebersicht nur fuer begrenzte Zeitabschnitte zu verwenden; derartige Zusammenfassungen sind in der Uebersicht angedeutet.

Zeitraum H.Gr.		Abgaenge	Zugaenge	Bilanz	Bemerkungen.
Dez. 1941	Sued	29 000	13 500	-15 500	
Jan. 1942		39 400	21 200	-18 200	
Febr.		25 900	31 100	+ 5 200	
Maerz		35 600	46 700	+11 100	
April		23 000	51 800*	+28 800	* davon 4 200 i. Auf- fr.Raum 57.A.K.
Mai		51 150	68 600*	+17 450	* davon 14000 wie vor
Juni		57 750	52 300*	- 5 450	* " 3000 " "
Juli	B	43 600	19 400	-24 200	
August	A	27 000	51 600	+24 600	
August	B	47 400	13 000	-43 400)	Wegen starker Kraef-
	A	85 400	23 600	-61 800)	teverschiebung zw.d.
Sept.	B	34 900	20 000	-14 900)	H.Gr. Zahlen nur f.
	A	44 300	13 150	-31 150)	A und B <u>zusammen</u>
Okt.	B	37 500	29 900	- 7 600	werten
	A	28 900	8 400	-20 500	
Nov.	B	54 500	18 200	-36 300	
	A	18 500	9 400	- 9 100	
Dez.	B + Don	42 100	15 800	-26 300	
	A	18 200	7 900	-10 300	
Jan. 1943	B+Don	56 000*	38 000	-18 000	*dazu 209 500 Abgaen- ge 6.Armee seit.23. 11.42.
	A	21 000	18 100	- 2 900	
Febr.	Sued	57 800	20 500	-37 300	
	A	31 000	9 100	-21 900	
Maerz	Sued	28 991	61 200	+37 210	
	A	8 977	9 300	+ 320	
April	Sued	6 635	54 400	+47 765	
	A	8 969	6 600	- 2 370	
Mai	Sued	9 507	29 500	+19 990	
	A	12 048	15 900	+ 3 850	
Juni	Sued	7 285	21 600	+14 315	
	A	6 066	11 700	+ 5 640	
Juli	Sued	81 080	25 156	-55 076	
	A	7 528	8 126	+ 600	
August	Sued	84 352	27 000	-57 350	
	A	9 756	6 400	- 3 356	

Fortsetzung: Personelle Zu- und Abgaenge im Suedbereich der Ostfront.

Zeitraum	H.Gr.	Abgaenge	Zugaenge	Bilanz	Bemerkungen
Sept. 1943	Sued	101 507	50 900 *	-50 607	* einschl. Ersatz f.
	A	21 485	10 400 *	-11 085	Feldausb.Div.
Okt.	Sued	99 421	36 939	-62 480	
	A	29 593	12 119	-17 474	
Nov.	Sued	71 079	59 480	-11 500	
	A	18 611	8 800	- 9 810	
Dez.	Sued	58 375	36 800	-21 575	
	A	11 107	16 400	+ 5 293	
Jan. 1944	Sued	70 336	32 500	-37 836)	6. Armee bei H.Gr.A.
	A	31 673	11 373	-20 300)	gerechnet.
Febr.	Sued	38 000	62 700	+24 700	
	A	40 500	31 200	- 9 300	
Maerz	N-U	57 049	42 700	-14 350	
	S-U	50 921	30 100	-20 820	
April	N-U	24 839	25 100	+ 260	
	S-U	59 051	21 000	-38 051	
Mai	N-U	550	32 500	+31 950	
	S-U	55 731	46 500	- 9 231	

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Personelle Ab- und Zugaenge an der Ostfront. Quelle: Statistische Zusammenstellung der Org. Abt./Genstb.d.M. (Doc.# H 1/182)

- Bemerkungen:
1. Die nachfolgende Uebersicht ist eine Zusammenfassung der drei Uebersichten in den Bereichen der einzelnen Heeresgruppen der Ostfront.
 2. Unter "Abgaengen" sind die Toten, Vermissten und aus dem Bereich der Armeen abbefoerderten Verwundeten und Kranken zu verstehen.
 3. Unter "Zugaengen" sind das der Truppe zugefuehrte Ersatzpersonal (zur Auffuellung der Verluste) und die zur Truppe zurueckgekehrten Genesenen, soweit sie ausserhalb des Bereichs der Armeen waren, zu verstehen.
 4. In den Bereich der Ostfront zugefuehrte sowie ihn verlassende Truppenteile sind nicht erfasst.
 5. Die Uebersicht gibt einen Ueberblick ueber den zahlenmassigen, personellen Kraeftezustand der Truppe. Dabei ist zu bedenken, dass abgekampfte Verbaende (wenn auch selten) in den Westen abgegeben wurden und voll aufgefuelle Verbaende von dort eintrafen. Ferner wurde das Fehl der Truppe durch die Umstellung der ~~XXXXXX~~/auf 6 Batl./Inf.Div./ und durch Ausgabe neuer gekuerzter KStN gesenkt; letztere Massnahme war letzten Endes eine selbstbetruegerische Manipulation. Es empfiehlt sich daher, die Uebersicht nur fuer begrenzte Zeitabschnitte zu verwenden; derartige Zusammenfassungsmoeglichkeiten sind in der Uebersicht angedeutet.

Zeitraum	Abgaenge	Zugaenge	d.h. mehr zu- als Abgaenge	weniger Bemerkungen
Dez. 1941	168 000	81 300		86 700
Jan. 1942	214 900	43 800		171 100
Febr.	173 100	124 100		49 000 306 800
Maerz	167 900	137 700		30 200
April	108 450	121 400	12 950	
Mai	134 230	158 900	24 670	
Juni	126 050	167 500	41 450 + 38 570	
Juli	156 600	177 800	21 200	
August	256 100	89 750		166 350
Sept.	185 000	83 750		101 250
Okt.	130 100	97 200		32 900 - 279 300
Nov.	128 900	61 200		67 700
Dez.	147 500	62 000		85 500
Jan. 1943	141 800 *	108 500		32 700 * dazu 209 500 Abgaenge der 6. Armee seit 23.11.42
Febr.	210 190	91 900		118 290 - 304 280
Maerz	128 370	170 300	41 930	
April 1943	50 220	142 300	92 080	
Mai	46 608	129 200	82 590	
Juni	37 345	77 900	40 555 + 257 155	
Juli	216 808	89 500		127 308
August	224 527	76 500		148 027
Sept.	246 524	112 500 *		134 024 * einschl. Ersatz fuer Feldausb.Div.
Okt.	205 004	112 750		92 270
Nov.	187 909	104 000		83 909
Dez.	121 488	111 400		10 088 - 575 626
Jan. 1944	183 290	88 000		95 290
Febr.	174 000	183 300		20 700
Maerz	163 236	119 500		43 736
April	117 871	111 600		6 271
Mai	60 849	128 000	65 151	
				- 101 807